



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXXIII. Vorgeschichte der ersten Balkankrieges

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXIII

Vorgeschichte des ersten Balkankrieges

Plan eines russisch-türkischen Bündnisses	169
Entstehung des Balkanbundes	172
Friedensversicherungen der Balkankönige und Rußlands	178
Zerrüttung in der Türkei	182
Ausbruch des Krieges	185

Plan eines russisch-türkischen Bündnisses

Raum jemals setzte eine Großmacht ihre Kraft an ein gleich lebenswichtiges Ziel wie Rußland im Streben nach der freien Ausfahrt zum warmen Meere. Als die Türkei mit Italien wegen Tripolis in Krieg geriet, sperrte sie, eines Angriffes auf die Dardanellen gewärtig, die Meerengen notgedrungen auch für die Handelschiffahrt, wodurch die russische Volkswirtschaft empfindlichen Schaden litt. Der Nachteil mußte in künftigen Kriegen wachsen, je rascher die Ausfuhr von Getreide aus Südrußland in die Höhe ging. Es war der einmütige Wunsch der Nation, sich des Schlüssels zum Schwarzen Meer zu bemächtigen. Man mag den Einfluß der slawischen Ideologie höher oder niedriger einschätzen; jedenfalls wog er federleicht gegen die Wucht der staatlichen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands.

Seit Peter dem Großen betrachtete sich das Zarenreich als Erben der Türkei und stieß dabei auf den Widerstand der anderen Großmächte. Diese verschlossen sich nicht der Einsicht, daß es mit der türkischen Herrschaft in Europa zu Ende ging, sie waren aber durch vier Menschenalter bemüht, den Zusammenbruch zu verlangsamen. Lösten sich die einzelnen Teile vom osmanischen Reichskörper nur allmählich los, so mußte sein schließlicher Einsturz nicht notwendigerweise einen Weltkrieg entfesseln. Bei diesem Bemühen war England der Widerpart Rußlands, aber seit dem Ende des 19. Jahrhunderts änderte es seine Politik, um bei der Teilung des Erbes so reich wie möglich bedacht zu werden. Das fetteste Stück, Ägypten, hatte es schon 1882 in Besitz genommen. Sobald nun Britannien, um alle Randmächte gegen

Deutschland zu vereinigen, den Russen die Aussicht auf die Erwerbung Vorderasiens eröffnete, sahen diese der Zukunft guten Mutes entgegen.

Seit dem Ausbruche des italienisch-türkischen Krieges drängte die Bewegungspartei in Petersburg zum Handeln, während Sasonow noch zurückhielt und dem serbischen Gesandten Popović anfangs Dezember 1911 sagte, man werde den „kleinen Intriganten“ wie Montenegro die Gelüste vertreiben¹⁾. Die Ereignisse gingen jedoch über den Kopf des russischen Ministers hinweg. Bei den vorwärtstreibenden politischen Gruppen bestanden zwei verschiedene Ansichten. Die einen arbeiteten an der Herstellung eines Bundes der slawischen Balkanvölker gegen die Türkei, damit Rußland, als slawische Schutzmacht, in dem also entzündeten Kriege die Hand auf Konstantinopel legen könne. Unermüdlich war der russische Gesandte in Belgrad, Hartwig, in diesem Sinne tätig; gegen ihn richtet sich in erster Linie das Wort des Botschafters Jules Cambon, eine große Gefahr für den Frieden liege in dem Mangel an Disziplin bei den russischen Diplomaten, die auf eigene Faust Politik machen. Sasonow war zu schwach, sie im Zaume zu halten.

Einen anderen Weg ging Tscharykow, der russische Botschafter bei der Pforte. Er machte darauf aufmerksam, daß es nicht zum Vortheile der Zarenmacht gereiche, die europäische Türkei unter die christlichen Staaten aufteilen zu lassen, da dann neben einem Großserbien auch ein Großbulgarien entstünde, das bestrebt sein würde, sich dem russischen Einflusse zu entziehen. Ein mächtiges Bulgarien würde den Besitz Stambuls begehren und gegen das Begehren Rußlands einen stärkeren Riegel bilden, als die zerfallende Türkei. Deshalb riet Tscharykow, die hilfsbedürftige Pforte am Leben zu erhalten und als Vasallen in den Bannkreis Rußlands zu ziehen.

Dieses Verfahren hatte Bismarck den Russen in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ empfohlen, es ist dasselbe, das Katharina II. ursprünglich Polen gegenüber anwandte. Man weiß, daß sie es vorge-

¹⁾ Bericht des serbischen Gesandten nach Belgrad vom 4. Dezember 1911 (wohl alten Stils), abgedruckt bei M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, Zürich 1919, S. 164.

zogen hätte, die polnische Republik als Staat zu erhalten, um sie in ihrem ganzen Umfange ihrer Botmäßigkeit zu unterwerfen. Ungern wich sie dem Drängen Friedrichs des Großen und Josefs II., Polen zu zerlegen und jedem ein Stück zuzuweisen. So schwebte auch Tscharykow vor, eine Teilung der Türkei zu verhindern, bei der sich auch Engländer, Franzosen und andere Nationen stattlicher Gebietsteile bemächtigen würden.

Behufs Verwirklichung dieses Gedankens entwarf Tscharykow den Plan eines auch die Türkei umschließenden Balkanbundes; über dieses künstliche, Christen und Moslim umfassende Gebilde würde der Zar verfügen und den Frieden unter ihnen erhalten. Als Lohn für ihre Rettung hätte die Pforte einen kostbaren Preis zu zahlen gehabt: die freie Ausfahrt der russischen Flotte ins Mittelländische Meer. Darauf war in erster Linie die Absicht des Botschafters gerichtet¹⁾.

Als Tscharykow mit seinem Ansinnen an die Pforte herantrat, gerieten die beteiligten Kreise in lebhafte Erregung. Der russische Botschafter ließ in den von ihm abhängigen türkischen Zeitungen die Werbetrummel für seinen Balkanbund rühren, worauf die serbische, bulgarische und griechische Presse zornentbrannt gegen die Zusammenspannung der christlichen Staaten mit der Türkei schrieb, deren Lebensdauer nicht verlängert werden dürfe. Die Pforte selbst hegte entschiedene Abneigung gegen den Rettungsplan, der als Übergang zu ihrer Verspeisung gedacht war. Sie wandte sich an die Großmächte um Schutz, machte aber wieder die Erfahrung, daß jedermann sie ihrem Schicksale überließ, um sich nicht mit Rußland zu überwerfen.

Wohl trat, wie immer, Botschafter Marschall für seinen türkischen Schützling ein; aber Riederlen-Wächter, der die Freundschaft Rußlands höher stellte als die der Pforte, entschied sich für Stillehalten. Trotzdem fand die türkische Regierung den Mut zur Ablehnung des Vorschlages Tscharykows, was in geziemender Form geschah²⁾.

¹⁾ Über die russische Mittelmeerpolitik und über die Versuche Rußlands, auf friedlichem Wege zu einer seinen Interessen entsprechenden Einigung zu gelangen, vgl. jetzt Siebert, l. c. S. 674ff. u. a. O.

²⁾ R. Helfferich, „Der Weltkrieg“, S. 95.

Zur Zeit dieser Unterhandlungen befand sich Sasonow auf einer diplomatischen Rundreise, die ihn auch nach Paris und London führte. Er behauptete später, Tscharykow hätte seine Abwesenheit benützt, um ohne Weisung vorzugehen und Lorbeeren für sich zu holen¹⁾. Ob sich das wirklich so verhielt oder ob die russische Regierung nur die Schuld für die erlittene Schlappe auf die Schultern des Botschafters abwälzte, genug, dieser wurde der Eigenmächtigkeit geziehen und fallen gelassen. Im März 1912 verließ er seinen Posten und trat in den Ruhestand.

Entstehung des Balkanbundes

Jetzt hatten die Fürsprecher eines gegen die Türkei gerichteten Balkanbundes freie Bahn. Die russische Regierung nahm nach Ablehnung jenes Antrages auf die Pforte weniger Rücksicht als je und schlug sich zu ihren Gegnern. In den christlichen Balkanstaaten löste die Entlassung Tscharykows Jubel aus, da ein Bündnis Rußlands mit der Türkei das Grab ihrer ehrgeizigen Pläne gewesen wäre; denn ohne die wenigstens diplomatische Unterstützung Rußlands war die Befreiung der Slawen und der Griechen von der türkischen Herrschaft unmöglich.

Indessen bestand noch ein ernstes Hindernis gegen das Zustandekommen eines christlichen Balkanbundes, und das war die wechselseitige Eifersucht der Bulgaren, Serben und Griechen. Am wenigsten war man in Sofia zum Zusammengehen bereit. Denn die Bulgaren mißgönnten den Hellenen Saloniki und waren wenig gewillt, erhebliche Stücke Mazedoniens den Serben zu überlassen. Das Hauptübel war, daß die Volksstämme der europäischen Türkei, vier Millionen Christen und zwei Millionen Moslim, so wirr durcheinander geschichtet waren, daß

¹⁾ So sprach sich Sasonow Anfang Dezember zum serbischen Gesandten in Petersburg aus. M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, S. 167.

sich eine Abgrenzung nach Nationalitäten nicht vornehmen ließ. So lag es besonders in Mazedonien. Deshalb verfolgte das Kabinett von Sofia die längste Zeit den Plan, Mazedonien ungeteilt zu lassen und dem ganzen Lande Autonomie zu erringen. Es rechnete damit, daß, da der Kern der Bewohner des Landes bulgarisch war, diese sich nach ihrer Befreiung schließlich insgesamt Bulgarien anschließen würden. Von einer Teilung Mazedoniens wollte die Regierung König Ferdinands nichts wissen. Aus diesem Grunde lehnte sie 1910 den Vorschlag des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos ab, ein Bündnis zum Kriege gegen die Türkei zu schließen, und schenkte auch einem ähnlichen aus Belgrad kommenden Ansinnen kein Gehör. Dabei blieb es, solange in Sofia das Ministerium Malinow regierte.

Anderz, als am 24. März 1911 das Kabinett Gschow ans Ruder kam, neben dem der Präsident der Nationalversammlung Danew die maßgebende Persönlichkeit in der herrschenden Partei war. Die zwei Männer waren hingebende und gläubige Freunde Rußlands, und richteten sich gänzlich nach den ihnen aus Petersburg zukommenden Winken. Von dem Augenblicke an, in dem der Petersburger Hof sich einer ausgreifenden Balkanpolitik zuwandte, sahen sie das Heil ihres Landes darin, als dessen südliche Vorhut gegen die Türkei vorzugehen. Die Ratschläge Hartwigs — des russischen Gesandten in Belgrad — waren dem bulgarischen Minister des Äußeren ein Orakel und Hartwig ging im Betreiben eines Balkanbundes noch über die Weisungen Sasonows hinaus. König Ferdinand zwar war von der slawischen Sentimentalität seiner Minister nicht angekränkt, aber um so mehr bereit, die Sachlage zur Vergrößerung Bulgariens auszunützen. Wie wir wissen, hatte er sich 1909 mit dem Wiener Kabinett überworfen und sich im Dezember dieses Jahres durch einen Geheimvertrag mit Rußland diesem völlig in die Arme geworfen¹⁾. Darin verpflichtete er sich, für den Fall eines Zusammenstoßes Rußlands mit den mitteleuropäischen Mächten seine Armee gegen den gemeinsamen Feind aufzubieten, und heimste dafür die Zusage

¹⁾ Siehe oben Band II, S. 282. Der Vertrag ist abgedruckt in den Dokumenten aus dem russischen Geheimarchiv, S. 27, und bei M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, S. 115.

ein, daß nach errungenem Siege alle türkischen Gebiete mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung seinem Staate einzuverleiben wären; die Dauer des Bündnisses war auf fünf Jahre festgesetzt. Wenn Rußland das Feuer noch nicht an die Lunte gelegt hatte, so lag dies an seiner unzureichenden Vorbereitung zum Kriege; Hartwigs Auftreten aber ließ hoffen, daß der große Augenblick gekommen sei. Von den Strömungen am Petersburger Hofe gut unterrichtet, wartete Ferdinand ab, ob die slawische Bewegungspartei den Zaren zu sich hinüberziehen werde.

Ministerpräsident Geschow war für seine Person nicht zum Wagen und Zuschlagen geschaffen; als der reichste Mann Bulgariens eher ruheliebend, auch nicht übermäßig ehrgeizig, dafür aber begierig nach Volksgunst und von der öffentlichen Meinung über Gebühr abhängig. In Bulgarien aber beherrschten die mazedonischen Emigranten, die, gezwungen oder freiwillig, im Königreiche eine Stätte gefunden hatten, die Presse, die geheimen und die öffentlichen Vereine, die Volkstimmung. Sie waren von dem leidenschaftlichen Wunsche beseelt, die Türken durch welche Mittel immer aus ihrem Vaterlande zu vertreiben, und erfaßten daher die Idee eines Balkanbundes mit glühendem Eifer. Ihnen schloß sich die Jugend Bulgariens an, auf welche der allslawische Gedanke seinen Zauber nicht verfehlte. Der bulgarische Gesandte in Rom, Rizow, ehemals mazedonischer Revolutionär, war unter den Diplomaten die zu diesem Ziele treibende Persönlichkeit. Er überbrachte Botschaften von der italienischen Regierung, welche die Balkanstaaten mit dem Versprechen lockte, Italien werde sie bei der Befreiung ihrer Stammesgenossen unterstützen. Ungeduldig blickte man in Rom nach einem Mittel aus, die Pforte zur Abtretung von Tripolis zu nötigen. Der Anstoß zum Handeln kam aber auch jetzt nicht von der bulgarischen Regierung, sondern von Serbien. Nach der im bosnischen Streitfalle erlittenen Niederlage hatte der serbische Minister des Aeußeren, Milovanović, den Versuch gemacht, mit dem Wiener Kabinett anzuknüpfen, und wollte Lehrenthal bestimmen, den Serben zur Gewinnung türkischer Gebiete behilflich zu sein. In Wien abgewiesen, faßte Milovanović einen ganzen und runden Entschluß; er warf sich mit Eifer und Geschicklichkeit auf

die Gründung eines Balkanbundes zum Behufe eines Eroberungskrieges gegen die Türkei.

Belgrad wurde der Glutherd, von dem aus nach allen Richtungen Funken sprühten; die Erbitterung über die Annexion Bosniens war so groß, daß keine Regierung sich ihr hätte entziehen können, und Milovanović handelte so, wie jeder andere Politiker an seinem Platze gehandelt hätte. Rizow, der ein persönlicher Freund des serbischen Ministers war, vermittelte eine Zusammenkunft mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Geschow, als dieser, von der Reise in ein französisches Bad heimkehrend, durch Serbien fuhr. Milovanović stieg in sein Wagenabteil, begleitete ihn durch drei Stunden auf der Fahrt und entwarf ihm die Grundzüge des zu schließenden Bundes. Das wichtigste Problem war die Schlichtung des Streites um Mazedonien. Der serbische Minister entwickelte den Gedanken, nach der gemeinsamen Eroberung des Landes den Zaren zum Schiedsrichter anzurufen. Dabei kam er den Ansprüchen Bulgariens geschmeidig entgegen. Denn für Serbien, so legte er dar, handle es sich in erster Linie nicht so sehr um Mazedonien, als um Bosnien und die Herzegowina. Von vornherein wollte er dem Balkanbunde eine Spitze auch gegen Osterreich-Ungarn geben. Geschow berichtet in dem Buche, welches er diesem Ereignisse widmete, daß Milovanović den Gedanken aussprach, der Zusammenbruch der Monarchie werde die Entscheidung über Mazedonien und ebenso die Einigung mit Rumänien erleichtern. An diesem Brande wollte der Serbe sein Süppchen kochen. „Wenn zu gleicher Zeit“, so sagte Milovanović, „die Auflösung der Türkei und der Zerfall Osterreich-Ungarns eintreten könnten, so wäre die Lösung bedeutend vereinfacht; Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, wie Rumänien Siebenbürgen, und wir hätten keine Einmischung Rumäniens in unseren Krieg mit der Türkei zu fürchten“. In den Augen des leichtfertigen Mannes wäre die Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie, also die furchtbarste Revolution, die über Europa hereinbrechen konnte, eine Vereinfachung gewesen¹⁾.

¹⁾ Jv. E. Guéhoff, „L'Alliance Balcanique“, Paris 1915, S. 27.

Geschow nahm das alles zur Kenntnis, ohne eine bindende Zusage zu machen. Nach Sofia zurückgekehrt, fand er lebhaftere Bewegung der Geister vor, die sich mit der Dauer des Krieges um Tripolis steigerte. Die mazedonischen Revolutionäre wandten das oft erprobte Mittel an, um die Erbitterung gegen die Türkei bis zur Fieberhitze anzufachen. Sie reizten die Moslim Mazedoniens durch blutige Bombenattentate, so daß diese sich erhoben und unter den Bulgaren ein Blutbad anrichteten. Bei einem solchen Anlaß wurden in der Stadt Istip am 4. Dezember 1911 etwa dreihundert Christen niedergemetzelt¹⁾.

Durch Bulgarien brauste der Ruf nach Vergeltung, und Geschow ließ sich in das Bündnis mit Serbien hineintreiben. Anfangs gingen die Unterhandlungen, die in Sofia mit dem serbischen Gesandten Spalajković geführt wurden, langsam vonstatten; sie wurden erst bei einer Zusammenkunft, die Milovanović in Paris mit Rizow hatte, beschleunigt. Serbien bot immer mehr, zuletzt soviel, daß das Sofioter Kabinett nicht ablehnen konnte. So kam es unter für Bulgarien überaus günstigen Bedingungen zum Vertrage vom 13. März 1912²⁾. In demselben wurden die Beziehungen der Verbündeten zur Türkei, Osterreich-Ungarn und auch zu Rußland geregelt.

In erster Linie richtete sich der Vertrag gegen die Türkei und verfügte über das zu erobernde Mazedonien, Altserbien und den Sandschak. Die zwei letzteren Gebiete wurden Serbien zugesprochen, das

¹⁾ So J. Georgow in dem Aufsatz: „Die Ursachen des Balkankrieges“ in Gardens „Zukunft“, 12. April 1913. Es heißt dort, S. 54: Geschow hätte die Bewahrung des Friedens gewünscht, indessen „glückte es den Revolutionären, durch ein Bombenattentat in der... Stadt Schtip, die sich immer als sehr revolutionär gezeigt hatte, die türkischen Behörden zu greuelvollen Ausschreitungen zu bringen und so die friedfertige und gegenüber der Türkei allzu nachsichtig gestimmte Politik der bulgarischen Regierung zu durchkreuzen“. Der Verfasser des Aufsatzes, Professor der Philosophie an der Universität zu Sofia, ist selbst Mazedonier.

²⁾ Der Vertrag vom 13. März 1912 (nach dem julianischen Kalender vom 29. Februar) wurde zuerst am 24. November 1913 im Pariser „Matin“ veröffentlicht. Darnach ist er im Anhang des Buches von Geschow abgedruckt. Den authentischen Text kennt man durch die Enthüllungen der bolschewistischen Regierung; aus diesen stammt die deutsche Übersetzung in den „Dokumenten aus den russischen Geheimarchiven“, S. 35 ff. Die Teilnahme Hartwigs an dem Staatsakt erhellt aus seinem Berichte an Sazonow vom 12. Mai 1912 (in denselben „Dokumenten“, S. 289).

sich über sie mit Montenegro auseinanderzusetzen hätte. In bezug auf Mazedonien machte Serbien die bescheidensten Ansprüche. Das Land wurde in zwei Zonen geteilt, von denen die eine, etwa fünf Sechstel des Landes, unbestritten Bulgarien zur Verfügung gestellt war. Das letzte Sechstel wurde nicht etwa Serbien zugewiesen, sondern ausgemacht, daß der Zar als Schiedsrichter innerhalb dieses Gebietes die künftigen Grenzen zu ziehen hätte. Wohl hatte Bulgarien aus seinem Löwenanteile noch Griechenland abzufinden, aber Serbien verzichtete dabei auf jede Einmischung. Es wollte sich mit dem begnügen, was ihm der Zar von dem bestrittenen Gebiet zusprechen werde¹⁾.

Dann hatte der Vertrag eine Spitze gegen Österreich-Ungarn. Von Bosnien und der Herzegowina wurde nicht gesprochen, jedoch ausgemacht, daß die Monarchie unter keiner Bedingung ein Stück türkischen Bodens in Besitz nehmen dürfe. Sollte nämlich, so hieß es in dem Abkommen, irgendeine Großmacht den Versuch machen, europäisch-türkisches Gebiet zu erobern oder auch nur zeitweilig zu besetzen, so konnte jeder Vertragssteil verlangen, daß der andere ihm mit allen seinen Streitkräften zu Hilfe komme. Diese Bestimmung war eine Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn, auf welche Serbien den größten Wert legte und die Bulgarien mitmachte, weil es sich dadurch nahezu die ganze mazedonische Beute sicherte.

Von großer Tragweite endlich war die Verabredung, durch welche Rußland in aller Form die Entscheidung über die Geschicke des Balkans übertragen ward. Der Zar wurde nicht bloß in der mazedonischen Gebietsfrage zum Schiedsrichter bestellt, sondern, so hieß es ausdrücklich, auch in jedem anderen sich aus dem Vertrage ergebenden Streite. Aber weiter: selbst die Entscheidung darüber, ob und wann der Bundeskrieg gegen die Türkei zu beginnen habe, wurde in seine Hand gelegt. Rußland war damit auf einem Gipfel der Macht angelangt und die

¹⁾ Die Karte, die sich im Anhang des Buches von Geshow befindet, gibt die Umrisse des strittigen und des unbestrittenen Gebietes. Genauer ist die Karte in dem Werke der Carnegie-Stiftung: „Enquête dans les Balcons“, S. 26. Hier ist S. 19—31 ein guter Überblick über die Geschichte des Balkanbundes gegeben.

Regierung des Zaren schmeichelte sich, den Krieg hinausschieben oder entfesseln zu können, wann sie es für gut finde.

Das bulgarisch-serbische Bündnis wurde durch die am 12. Mai und am 12. Juli 1912 geschlossenen Militärkonventionen ausgestaltet. In diesen waren die Kriegspläne und Truppenstärken bestimmt, sowohl für einen Krieg mit der Türkei, wie gegebenenfalls auch für den mit Österreich-Ungarn und Rumänien. Es wurde angenommen, daß die zwei letztgenannten Staaten sich der Pforte annehmen würden; mindestens werde die habsburgische Monarchie den Sandschak von Nowibazar besetzen wollen. Das sollte unbedingt verhindert werden, und Bulgarien versprach, wenigstens 200 000 Mann gegen ein derartiges Vorgehen der Donaumonarchie aufzubieten.

Weniger enge verband sich Bulgarien mit Griechenland. Die zwei Regierungen konnten sich über die Teilung Mazedoniens nicht einigen. Doch kam es am 29. Mai 1912 zu einem gegen die Türkei gerichteten Vertrage folgenden Inhalts: Die zwei Staaten werden ihren Volksgenossen in Mazedonien zu ihren Rechten verhelfen und sie mit den Waffen unterstützen, wenn es darob mit der Türkei zum Kriege kommen sollte. Diesen Abschluß erlebte Milovanović noch, starb aber kurz darauf, am 1. Juli 1912. Nach einem Übergangsministerium bildete Pašić das Kabinett, unter dem Serbien die nächsten zwei Kriege durchfocht. Pašić hatte bei allen Vorbereitungen mitgewirkt, sein Eintritt in die Regierung war auch für die Nichteingeweihten ein weithin erkennbares Sturmzeichen.

*

Friedensversicherungen der Balkankönige und Rußlands

Die Geheimhaltung der Kriegsbündnisse war dadurch geboten, daß die Balkanstaaten ihre Rüstungen erst beenden wollten. Serbien, vom Meere abgeschnitten, aber auch Bulgarien, dem nur das Schwarze Meer

zu Gebote stand, konnten Waffen und Kriegsvorrat nur über Österreich-Ungarn oder über die Türkei, zunächst über Saloniki beziehen; sie mußten also ihre Nachbarn in guter Laune erhalten. Massenhafte Sendungen kamen übers Meer aus Frankreich, dessen Waffenfabriken und Banken von der französischen Regierung den Wink erhielten, die Balkanstaaten durch Anleihen und Lieferungen zu unterstützen. Unterdessen hüllten sich die Verbündeten in den Mantel der Tugend und Friedfertigkeit. Wirklich blieb den Mittelmächten wie der Türkei die Bildung des Balkanbundes bis in den September verborgen.

Um die Täuschung zu verstärken, machte der König von Bulgarien mit seiner ganzen Familie dem Kaiser von Österreich in Wien einen Besuch, durch den seine freundnachbarliche Gesinnung bekundet werden sollte. Bei diesem Anlasse begrüßte ihn der Kaiser bei dem am 1. Juni stattgehabten Festabende mit den Worten: „Meine wärmsten Wünsche begleiten die friedliche Entwicklung Bulgariens, das dank der hohen Weisheit Euerer Majestät ein Element der Ordnung und Ruhe auf dem Balkan bildet. Ich bin glücklich, die Anwesenheit Eurer Majestäten und königlichen Hoheiten unter uns als ein neues Unterpfand der ausgezeichneten Beziehungen ansehen zu können, die zwischen unseren Staaten bestehen.“ Der Koburger erwiderte in gleichem Sinne, kehrte aber heim, um einige Wochen später auch die zweite der Militärkonventionen mit Serbien zu schließen, in welcher militärische Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn verabredet waren. Am 8. Juni erschien König Nikolaus von Montenegro in Wien, wurde freundlich aufgenommen und vom Kaiser zum Chef eines Regiments ernannt. Zur selben Zeit kamen auch Rizow wie Danew, der Präsident der bulgarischen Nationalversammlung, nach der österreichischen Hauptstadt, die mit König Nikolaus die Vorbereitungen zum Kriege besprachen. Aehrenthals wachsame Auge war erloschen, und wenn er auch nicht in das wohlgehütete Geheimnis hätte dringen können, so wäre den Balkankönigen der Weg doch nicht mit Rosen bestreut worden.

An der Komödie der Täuschungen beteiligte sich auch die russische Regierung. Sie hatte den Staaten der Halbinsel die Hände zum Bunde

zusammengelegt; nach dem Zeugnisse Geschows waren nicht bloß Hartwig, sondern auch die russischen Militärbevollmächtigten in Sofia und Belgrad bei den Vereinbarungen als Vermittler tätig. Zum Überflusse schickte die bulgarische Regierung im Mai den Sobranje-Präsidenten Danew zum Zaren, um ihm eine Abschrift des mit Serbien geschlossenen Vertrages zu überreichen. Der Zar war sehr gnädig, und Geschow berichtet: „Er versprach, uns erforderlichenfalls behilflich zu sein, die Ausrüstung und Bewaffnung unserer Armee zu beenden und die finanziellen Operationen zu Paris und London durchzuführen.“ Indessen legte der Zar und eindringlicher noch Sasonow dem bulgarischen Abgesandten nahe, der Balkanbund solle nicht selbst zum Angriffe schreiten. Alles vereinfache sich, wenn die Türkei, um das Netz zu zerreißen, zuerst das Schwert ziehe. Es war Europa gegenüber besser, die Verantwortung des Krieges der Pforte zuzuschieben. Konnte aber Bulgarien mehr wünschen, als was der Zar zusagte?

Indem die russische Regierung die Zertrümmerung der Türkenherrschaft in Europa vorbereitete, wurde die Zusage gebrochen, die der Zar und Sasonow dem Berliner Kabinett gegeben hatten. Am 4. November 1910 waren, wie wir wissen, Kaiser Wilhelm und der Zar, Bethmann Hollweg und Sasonow in Potsdam zusammengetroffen und übereingekommen, überall, auch auf dem Balkan, den Status quo zu erhalten. Der Wortlaut des Abkommens wurde von Bethmann Hollweg am 10. Dezember 1910 dem Reichstage in folgender Erklärung bekanntgegeben:

„Das Resultat der letzten Entrevue möchte ich dahin zusammenfassen, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnten. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient haben und daher keine Politik unterstützen werden, von welcher Seite sie auch kommen könnte, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre.“

Diese Vereinbarung wurde durch die letzten Maßnahmen Rußlands gröblich beiseite geschoben. Um die deutsche Regierung jedoch in Sicherheit zu wiegen, wurde wieder eine Zusammenkunft der zwei Kaiser veranstaltet, die zu Baltisch-Port stattfand und vom 4. bis 6. Juni 1912 dauerte. Bethmann Hollweg, Kofowzew und Sasonow waren anwesend. Die Russen ergingen sich in Friedensreden, die gern gehört und deshalb geglaubt wurden.

Nach der Zusammenkunft ließ das Petersburger Kabinett gemäß der mit der deutschen Regierung getroffenen Vereinbarung folgende halbamtliche Erklärung veröffentlichen:

„Der Gedankenaustausch ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehende altehrwürdige Überlieferung hochzuhalten. Die Begegnung bezeugt einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland, andererseits ist sie ein Ausdruck der friedlichen Grundlinien, welche die Politik beider Reiche gleichmäßig bestimmen.“

Der Zar wird sein Gewissen damit beruhigt haben, daß er nicht selbst in den Kampf auf dem Balkan einzugreifen gedachte, sodann, daß in dem von ihm gebilligten serbisch-bulgarischen Vertrage ausgemacht war, der Angriff auf die Türkei werde nur mit seiner Genehmigung stattfinden¹⁾. Er glaubte die Geister nicht bloß beschwören, sondern bannen zu können. Dazu aber gehörten andere Herrenmeister als Nikolaus und Sasonow, bei denen der Wille noch schwächer war als die Einsicht.

¹⁾ Für die Stellung Rußlands zum serbisch-bulgarischen Vertrage vom März 1912 vgl. auch Siebert, l. c. S. 560ff. u. a. O.

Zerrüttung in der Türkei

Das heraufziehende Verhängnis wurde von der türkischen Regierung mit dem ihr eigenen Fatalismus erwartet. Die Lage schien ihr im Sommer 1912 nicht schlimmer zu sein als in zahlreichen früheren Krisen. Durch den Angriff auf Tripolis war die Türkei nur hauttief verwundet worden, die bei diesem Anlasse wieder ihre Defensivkraft bewies. Ihr phlegmatischer Widerstand verdeckte jedoch die Schäden ihrer militärischen und politischen Verfassung. Es ist immer schwer, vor der Waffenprobe eines Krieges die militärische Kraft eines Landes richtig einzuschätzen. Selbst gute Beobachter sind darin zuerst 1912, dann 1914 irre gegangen. Das erstemal wurde die Türkei ebenso überschätzt wie später ungerecht mißachtet; zuerst enttäuschte sie ihre Freunde, dann ihre Gegner. Die Wahrheit ist, daß die soldatischen Tugenden des türkischen Volkes immer dieselben gewesen sind, daß sich dagegen die politischen Verhältnisse vor dem zweiten Kriege erheblich geändert haben, da die Niederlagen von 1912 zu wirksamen Verbesserungen Anlaß gaben. Aber jene unglücklichen Ereignisse machten auf die meisten Beurteiler einen so starken Eindruck, daß sie die vorübergehenden Erscheinungen mit den tieferen Ursachen verwechselten. Dagegen hat ein Kenner wie Feldmarschall von der Goltz für die Leistungen wie für die Fehlgriffe den richtigen Maßstab gefunden und seine, zwischen den zwei Kriegen erschienene Schrift: „Der jungen Türkei Niederlage“ ist ein glänzendes Zeugnis seiner Beobachtungsgabe und Urteilsstärke.

Vor allem muß die Behauptung berichtigt werden, daß die Niederlage von 1912 ein Beweis der politischen Unfähigkeit der herrschenden jungtürkischen Partei war. Denn sie hatte wohl im Parlamente die Mehrheit, die Regierung jedoch war ihr, wie oben (Bd. III, S. 60) erzählt ist, zu Beginn des Tripoliskrieges entwunden und den alten Pfortendiplomaten Said Pascha und Riamil Pascha übertragen worden, die sich im Gegensatz zu ihr befanden. Ihr bester Mann, Enver Bey,

befand sich in Tripolis, wo er dem türkischen Namen Ehre machte. In Konstantinopel herrschte also ein widerspruchsvoller Zustand, der schlimmer war als selbst eine engherzige Parteiherrschaft. Die Jungtürken wurden durch die Ereignisse in Tripolis und den Balkankrieg in halb getaner Arbeit gestört, so zwar, daß von den alten Einrichtungen vieles umgestürzt, das Neue noch nicht aufgebaut war. Es mußte erst genauer festgestellt werden, wieviel Schutt bereits weggeräumt, was an fruchtbarer Saat ausgestreut war.

Zwei arge Mißgriffe der Jungtürken jedoch sprangen in die Augen. Der eine war die aufklärerische Geringschätzung der religiösen Antriebe, durch welche Volk und Heer durch Jahrhunderte zu heroischen Taten und schweren Opfern bestimmt worden waren. Die Priesterschaft sah sich mißachtet oder mißtrauisch überwacht und war deshalb bereit, zum Sturze der Partei die Hand zu bieten. Diese Opposition grollte in der Tiefe, offen aber erhob sich Widerstand, als der Vorsatz gefaßt wurde, die Nationalitäten des Reiches zu einem einheitlichen Staatsvolke zu verschmelzen. Als Völkertitt waren europäische Bildung und parlamentarische Einrichtungen ausersehen; nicht mehr wie einst das Gesetz des Islams und die Verehrung des Sultans als Kalifen. Die Zentralisation ließ sich aber ebensowenig aufzwingen, wie die Aufklärung. Die jungtürkischen Führer, die im Komitee für Einheit und Fortschritt saßen, setzten es sich unter anderem in den Kopf, allen Nationen das Türkische als Staatssprache aufzudrängen. Das rief den Widerstand nicht bloß der christlichen Völker, sondern auch vieler Moslim wach. Die Christen der Balkanhalbinsel hätten sich auch durch klügere Behandlung nicht gewinnen lassen, schlimm aber war, daß auch die Araber und die mohammedanischen Albanesen sich gegen die neue Staatsordnung auflehnten.

Die Araber waren den Türken an Bildung überlegen, fühlten sich als deren Lehrer und empfanden es um so mehr als Anmaßung, daß die türkische Sprache ihrer volltönenden und reichentwickelten vorangehen sollte. Die arabische Halbinsel war immer unbotmäßig gewesen; jetzt erhob in Jemen der Imam Jahia die Fahne des Aufstandes,

in Assyr wollte sich der Scheich Idris unabhängig machen. Waffenlieferungen aus Ägypten nährten das Feuer und mit Hilfe Albions hoffte der Imam Jahia ein arabisches Kalifat zu errichten. Der Aufstand griff im Januar 1911 um sich, so daß die türkischen Truppen in Sana, der Hauptstadt Südarabiens, eingeschlossen wurden. Aus Vorderasien mußten 30 Bataillone zum Entsatz aufgebieten werden, die nach unsäglichen Beschwerden und harten Kämpfen den Imam Jahia im Sommer 1911 zur Unterwerfung brachten. Der Scheich Idris dagegen stand beim Ausbruche des tripolitaniſchen Krieges noch im Felde. Arabien wurde auf diese Weise das Grab von guten Truppen der türkischen Armee. Aber auch im Hauran, dem Berglande des östlichen Syrien, loderte der Aufstand empor. Albanien endlich war in steter Bewegung. Hier gab es seit jeher Steuer- und andere Revolten. Der unüberlegte Einfall der Regierung, in den wenigen öffentlichen Schulen die türkische Unterrichtssprache einzuführen, schuf neue Schwierigkeiten. Im Sommer 1910 und ebenso 1911 gab es örtliche Unruhen, die, wie wir wissen, vorübergehend dadurch gedämpft wurden, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Konstantinopel durch kräftige Vorstellungen durchsetzte, daß von den zentralistischen Maßnahmen Abstand genommen und Amnestie gewährt wurde.

Alte Übel und neue Mißgriffe wirkten also überall zusammen. Die immer zu den Alttürken neigende Regierung sah es gern, daß sich im Parlamente eine Opposition unter Führung des Obersten Sabik Bei zusammentat, um die jungtürkische Mehrheit zu bekämpfen. Die Minorität schrieb die Verteidigung lokaler und nationaler Autonomie auf ihr Programm, ihren Kern bildeten arabische und albanesische Abgeordnete.

Nun wäre dieses parlamentarische Spiel und Gegenspiel ohne Folgen geblieben, wenn die Opposition nicht viele Offiziere auf ihre Seite gebracht hätte. Es war verhängnisvoll, daß inmitten der das Reich bedrängenden Gefahren das Offizierkorps politisch gespalten war. Wohl setzten die Jungtürken bei den Wahlen vom April 1912 durch unbarmherzigen Druck fast überall ihre Kandidaten durch, aber im

Sommer darauf meuterten in Mazedonien, auf Antrieb der Offiziere, die Garnisonen, und im Zusammenhange damit erhoben sich die Albanesen aufs neue, die diesmal zwei Forderungen stellten, Autonomie für ihr Land und Sturz des Komitees für Einheit und Fortschritt. Die gegen die Albanesen geschickten Truppen gingen zu den Aufständischen über, so daß die zwiespältige Regierung am Ende ihrer Weisheit stand. Das Ministerium Said Pascha gab am 16. Juli 1912 seine Demission und es dauerte, da die Verwirrung immer mehr zunahm, vier Wochen, bis das im Kriege mit Italien befindliche Land wieder eine Staatsleitung erhielt. Endlich wurde der greise Ahmed Mukhtar Pascha zum Großwesir ernannt. Die Seele der Regierung war aber als Präsident des Staatsrates der alte Kiamil Pascha, der erbitterte Gegner der Jungtürken. Das neue Kabinett kündigte an, es verwerfe die Aberspannung im Zentralisieren und stelle den Nationalitäten Zugeständnisse in Aussicht. Es war aber bereits nebensächlich geworden, welche Regierungsgrundsätze bei der Pforte maßgebend waren. Denn den anderen Balkanstaaten handelte es sich nicht um die Reform der Türkei, sondern um den Sturz ihrer Herrschaft in Europa. Sie richteten ihre Kanonen ebenso gegen eine zentralistische Regierung, wie gegen eine solche, die ihre Schwäche durch Nachgiebigkeit bekundete. Man sieht, wie ganz anders es um die Türkei damals und beim Ausbruche des Weltkrieges stand. Im Jahre 1914 herrschte einheitlicher Geist und der starke Wille Enver Paschas setzte alle Kräfte zur Verteidigung des Reiches in Bewegung.

*

Ausbruch des Krieges

Im August flatterten Sturmvögel auf. An der montenegrinisch-türkischen Grenze wurden Schüsse gewechselt, in Epirus erschienen griechische Banden, und, was am gefährlichsten war, die bulgarischen Revolutionäre arbeiteten in Mazedonien wieder mit Bomben. Am

1. August flogen zwei dieser Höllemaschinen im Bazar zu Kotschana auf, wodurch 47 Menschen, meist Mohammedaner, getötet wurden. Die gräßliche Tat wurde so erwidert, wie die Urheber erwartet hatten. Die Moslim erhoben sich und richteten unter den Christen ein schreckliches Blutbad an. Darauf ertönte der Schrei nach Rache in Bulgarien und Serbien; es sei höchste Zeit, den Glaubensbrüdern Rettung zu bringen.

In Wien und Berlin bestand noch immer nicht die richtige Vorstellung von der Nähe der Gefahr. Am 13. August forderte Graf Berchtold die Großmächte zu einem „Meinungsaustausch“ auf, behufs gemeinsamer Einwirkung auf die christlichen Balkanstaaten im Sinne des Friedens; der Pforte wieder wäre zu sagen, sie möge in der dezentralistischen Richtung weiterschreiten, welche einzuschlagen sie im Begriffe war. Alle Kabinette gingen auf die sogenannte Konversation ein, natürlich aus verschiedenen Motiven; die einen Osterreich-Ungarn zuliebe, die anderen um dessen Regierung Sand in die Augen zu streuen. Sasonow stellte sich entzückt und begrüßte, wie der Botschafter der Donaumonarchie in Petersburg, Graf Thurn, nach Wien meldete, die Anregung, „als ein neues Zeichen der vollkommenen Identität der Ziele“ des Wiener und des Petersburger Kabinetts. Ob der russische Minister ein- oder zweimal log, kam auf dasselbe heraus; am 2. September wiederholte er wörtlich jene Phrase¹⁾. Unterdessen schoß die zu Kotschana ausgestreute blutige Saat in die Halme. Große Volksversammlungen forderten die bulgarische Regierung, die sich gern drängen ließ, zum Handeln auf. Am 12. September richtete sie an die Großmächte eine Denkschrift, in der mit Mobilmachung gedroht wurde, wenn die Pforte für Mazedonien nicht einen Generalgouverneur, eine Provinzialvertretung und eine nationale Miliz bewillige. Das war die Zumutung der Trennung Mazedoniens vom türkischen Reiche. Zur selben Zeit erhielt das Wiener Kabinett Kenntnis von der Knüpfung des Balkanbundes, wovon sie am 14. September die deutsche Regie-

¹⁾ Osterreichisch-ungarisches Rotbuch: „Diplomatische Aktenstücke, betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. November 1913“, Wien 1914.

rung verständigte. Indessen gab Graf Berchtold noch nicht alle Friedenshoffnung auf, wenigstens sagte er am 24. September in den Delegationen in einer sonst düster gefärbten Rede: „Die Diplomatie hält Wacht, um drohende Konflikte zu verhüten und die Gefahren eines Balkanbrandes zu ersticken.“ Diese Voraussage wurde wenige Tage darauf über den Haufen geworfen. Denn am 30. September veröffentlichten die Könige von Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro die Befehle zur Mobilisierung ihrer Armeen. Die Gleichzeitigkeit der Rüstung schloß jeden Zweifel darüber aus, daß sie über die Türkei herfallen wollten.

Erst jetzt erkannte die Pforte die Gefahr und kam zu dem lange hinausgeschobenen Entschluß, mit Italien Frieden zu schließen. Das römische Kabinett war durch diese Wendung einer großen Sorge ledig, da es ihm nicht gelungen war, die Türkei allein auf die Knie zu zwingen. Erst die Gesamterhebung auf dem Balkan brachte die erwünschte Entlastung. Der Friedensschluß erfolgte zu Lausanne am 18. Oktober 1912 gleichzeitig mit der Kriegserklärung der Balkanstaaten. Die Türkei verzichtete auf Tripolitaniens, wofür Italien ihr die Einnahmen aus der Provinz ersetzte. Der sogenannte Sieger ließ sich dazu herbei, jährlich 2 Millionen Franken zu zahlen, was, wenn die Pforte es vorzog, durch die einmalige Entrichtung einer Summe von 50 Millionen Franken ausgeglichen werden konnte. Das Schicksal der von Italien im Ägäischen Meere besetzten Inseln blieb in der Schwebe. Italien versprach zwar deren Räumung, aber erst, wenn die türkischen Truppen aus dem abgetretenen Lybien vollständig herausgezogen wären. Denn dieses Lybien war zwar annektiert, aber nur zum kleineren Teile im Besitze der Italiener, die seiner auch später nicht recht Herren wurden, als die türkischen Soldaten das Land verlassen hatten. Auch dann gab Italien die Inseln, darunter das wichtige Rhodus, nicht heraus. Es trug also aus dem Kriege einen schönen Gewinn davon, mehr durch die Gunst der Verhältnisse als durch eigene Kraft. Hübsch war auch die Art, wie das römische Kabinett die von ihm zum Kriege aufgestachelten Balkanstaaten ihrem Schicksale überließ, als sie zu den Waffen

griffen. Obwohl die Italiener nur magere Lorbeeren aus Afrika heimbrachten — bloß die Flotte hatte sich erprobt —, berauschten sie sich an dem errungenen Erfolge; denn die militärische Organisation hatte mehr geleistet, als man im allgemeinen von ihr erwartete, und der öffentliche Geist nahm die Fehl- und Rückschläge des Krieges mit ruhiger Fassung hin. Das Land war mit sich zufrieden und glaubte die Feuerprobe für einen großen Krieg bestanden zu haben. Das gesteigerte Selbstgefühl wurde einer der Antriebe zum Eintritte in den Weltkrieg im Jahre 1915.

Während Italien den Kopf aus der Schlinge zog, leistete Rußland dem Balkanbunde jeden möglichen Beistand, bis fast zum Eingreifen in den Krieg. Einem bulgarischen Gewährsmanne zufolge bewilligte es der bulgarischen Regierung einen Vorschuß von 27 Millionen Franken und lieferte ihr aus seinen Beständen 50 000 Gewehre, 50 Millionen Patronen, 190 000 Soldatenmäntel und anderen Kriegsvorrat¹⁾. Dazu kam ein Größeres. Gleichzeitig mit der Mobilmachung des Balkanbundes wurde in Rußland eine Probemobilmachung der Armeekorps des Westens ins Werk gesetzt, angeblich um die neue Heeresorganisation zu erproben; dadurch wurde der Friedensstand um rund eine Million Soldaten erhöht. Man glaubte zu jener Zeit, der Widerspruch zwischen den Friedensversicherungen Rußlands und seinen Rüstungen rühre davon her, daß in Petersburg die Friedens- und die Kriegsparteien den Zaren bald dahin, bald dorthin zogen; er selbst wäre gegen das Losschlagen gewesen. Während des Weltkrieges fiel jedoch der deutschen Regierung ein Geheimbefehl des Kommandeurs des Warschauer Armeekorps in die Hand, der am 30. September 1912 — also am Tage der Mobilmachung des Balkanbundes erlassen — die Anstalten für einen etwaigen Krieg gegen Deutschland traf; er begann mit den Worten: „In Abänderung aller früher erfolgten Anordnungen bezüglich des operativen Teils, teile ich Ihnen auf Befehl des Kommandierenden der Truppen nachstehende leitende Gesichtspunkte mit: Allerhöchst ist befohlen worden, daß die Verkündigung

¹⁾ Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender 1913“, S. 759.

der Mobilisation auch die Verkündigung des Krieges gegen Deutschland ist.“ Der Schluß aber lautet: „Der Inhalt dieser Weisung bildet ein strenges Staatsgeheimnis¹⁾.“

Der Erlaß ist gegen Deutschland gerichtet; indessen dachte der Zar nur in dem Falle an einen Krieg mit dieser Macht, wenn sie Osterreich-Ungarn antreiben sollte, der Türkei gegen den Balkanbund zu Hilfe zu kommen. Hielt sich Mitteleuropa neutral, so war die russische Regierung gleichfalls geneigt, Frieden zu halten. Die Brechung der Türkenmacht ebnete den Russen den Weg nach Konstantinopel; das aber stand noch in größerer Ferne. Der nächste Antrieb kam von dem slawischen und christlichen Gemeingefühle, dem sich kein Russe entziehen konnte. Jene gewaltige Rüstung hatte neben der Einschüchterung Osterreich-Ungarns noch den Sinn eines Memento für die Türkei, daß der Zar die Niederstreckung der Balkanstaaten, falls ihr Angriff fehlgeschlagen sollte, nicht dulden werde. Man war in Petersburg nicht frei von der Sorge, daß sich die Schützlinge blutige Köpfe holen könnten. Rußland konnte ihnen aber leichter beispringen und auch Europa eher zu diplomatischer Hilfeleistung bewegen, wenn der Balkanbund sich nicht offenkundig ins Unrecht setzte. Daher das vom Petersburger Kabinett beliebte Doppelspiel. Im Hinblick auf die Gefahr, in die sich die Balkanstaaten begaben, veranlaßte Sazonow die französische Regierung zu einem den Großmächten zu machenden Vorschlage, welcher jedem, der sein Motiv nicht kannte, absonderlich erscheinen mußte. Der russische Minister begab sich Anfang Oktober nach Paris, hielt mit Poincaré Rücksprache, worauf dieser — er war damals Ministerpräsident und Minister des Aeußeren — die Mächte einlud, folgende Erklärung abzugeben. Erstens, daß sie einen Friedensbruch auf dem Balkan mißbilligten; dann, daß sie die Reformen in der Türkei selbst in die Hand nehmen wollten; und endlich, was das Auffallendste war, daß sie, wie immer der Krieg ausfallen möge, eine Änderung der Staatsgrenzen nicht zulassen würden. Nun konnte niemand so naiv

¹⁾ Der Erlaß ist in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 10. November 1916 abgedruckt.

sein, zu glauben, der Balkanbund werde nach einem Siege seine Eroberungen wieder fahren lassen und noch weniger, daß Rußland oder Frankreich Heere aufbieten würden, um dem Bunde seine Beute zu entreißen. Es war aber dem Petersburger Kabinett darum zu tun, gegen einen etwaigen Sieg der Türkei eine Schranke aufzurichten. Sie sollte dann ebensowenig eine Gebietsverweiterung davontragen, wie 1897 nach ihrem Erfolge über die Griechen. Das Ganze war also eine zugunsten der Balkanstaaten erfundene Affekuranz. Der Vorschlag Poincarés war aber so gefaßt, daß sich keine Großmacht ausschließen konnte; enthielt er doch ein Bekenntnis zu dem Status quo und zu den bestehenden Verträgen.

Alle Großmächte stimmten der politischen Komödie zu und ließen in ihrer Presse der Eintracht und Weisheit Europas Lobsprüche zollen.

So ergingen denn an die Balkanstaaten einmütige Ermahnungen der Großmächte zur Erhaltung des Friedens. Als jedoch die Gesandten Rußlands und Osterreich-Ungarns am 8. Oktober beim Könige von Montenegro vorsprachen, um sich ihres Auftrages zu entledigen, erwiderte Nikolaus achselzuckend, sie kämen zu spät, denn er habe am selben Tage in Konstantinopel bereits die Kriegserklärung überreichen lassen. Diese Verhöhnung einer Botschaft Europas war doch auch dem Petersburger Kabinett zu arg, so daß Sasonow den König der Schwarzen Berge vor aller Welt abkanzelte. Da Montenegro jedoch trotzdem von Rußland mit Geld und Waffen unterstützt wurde, lag die Vermutung nahe, das Spiel sei abgekartet, wenn auch nicht mit Sasonow, so doch mit dem Schwiegersohne des Königs, dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch. Daß der König von Montenegro tollkühn voranging, wurde von der Jama damit erklärt, daß er im Bunde mit seinen französischen Bankiers auf den Fall der Börsenkurse spekulierte. Es war doch auffallend, daß die anderen drei Genossen des Balkanbundes erst eine Woche später loszlugen. Sie ließen am 13. Oktober der Pforte eine Note überreichen, in der sie für die christlichen Völkerschaften des Balkans Autonomie verlangten, für sich aber die Überwachung der

Reform. Die Türkei lehnte die Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ab. Darauf erklärten Bulgarien, Serbien und Griechenland am 17. und 18. Oktober den Krieg. Der Ruf zu den Waffen erregte in diesen Ländern helle Begeisterung. Es galt, für die vielhundertjährige Knechtschaft Rache zu nehmen und den noch unterworfenen Volksgenossen die Befreiung zu bringen. Deshalb schwieg für kurze Zeit ihre gegenseitige Eifersucht, und einig war der Balkanbund auch in Unterwürfigkeit vor dem Zaren, dessen Beistand im Falle der Not nicht entbehrt werden konnte.

